



SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
LANDESVERBAND BERLIN

PARTIZIPATION UND DIGITALE TEILHABE IN DER SOZIALEN STADT

LEITANTRAG 01/II/2012 | BESCHLUSS DES LANDESPARTEITAGES

I. Worum es geht: Eine neue soziale Frage

Die SPD ist die Partei des Fortschritts und der sozialen Gerechtigkeit. Daraus folgt, dass Gerechtigkeits- und Verteilungsfragen für die SPD eine zentrale Rolle einnehmen. Wir akzeptieren nicht, dass eine immer stärkere Akkumulation von Reichtum und wirtschaftlicher Macht bei einigen Wenigen stattfindet. Umverteilung und Begrenzung wirtschaftlicher Macht sind damit zentrale Anliegen unserer Politik.

Traditionell sind die Steuer- und Sozialpolitik die Mittel der Wahl, wenn es um die Umsetzung dieser Prinzipien geht. Diese Politikfelder werden auch in Zukunft die zentralen Bereiche bleiben, womit Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sich profilieren müssen.

Allerdings müssen wir unsere Perspektive erweitern. Eine neue soziale Frage – welche die „alten“ Gerechtigkeits- und Verteilungsfragen nicht weniger relevant werden lässt – lautet: Wer kontrolliert meine Daten? Unter welchen Bedingungen habe ich Zugang zu Informationen und gesellschaftlicher Teilhabe in Zeiten zunehmender Digitalisierung des Lebens?

Dabei handelt es sich im Kern um Gerechtigkeits- und Verteilungsfragen. Es geht um die Kontrolle und die Modalitäten der Nutzung von Daten. Es geht um soziale Teilhabe und Partizipation. Diese Erkenntnis ist zentral für die SPD. Denn das heißt, dass wir diese Fragen ins Zentrum unserer Politik rücken müssen. Der Begriff „Netzpolitik“ umfasst dabei einen Teilbereich der Thematik, die aber deutlich breiter ist: Es handelt sich um grundsätzliche Fragen der Gesellschaftspolitik.

Mit der Entwicklung des Internets hat sich unsere Welt grundlegend verändert. Es hat völlig neue Formen der gesellschaftlichen Teilhabe geschaffen. Allerdings wurde diese Entwicklung bis heute in erster Linie von wirtschaftlichen Erwägungen geprägt. Kommerzielle Interessen prägen die digitale Infrastruktur, die Regeln und die Möglichkeiten zur aktiven Mitwirkung.

Ziel dieses Leitanspruchs ist es daher, die notwendigen Korrekturen bei der weiteren Entwicklung der digitalen (Netz-) Welt anzustoßen - weg von einer ausschließlich wirtschaftlich motivierten Gestaltung, hin zu breiter gesellschaftlicher Teilhabe und der Durchsetzung individueller Rechte, zum Beispiel dem Schutz persönlicher Daten vor ungebremster wirtschaftlicher Ausbeutung.

Das Thema hat Bezug zu sämtlichen politischen Ebenen, von der kommunalen Ebene bis zur europäischen und internationalen. Die Fragen des Urheber- und Leistungsschutzrechts, des Datenschutzes betreffen in erster Linie die Europa- und Bundespolitik, wohingegen Partizipation und Teilhabe in der sozialen Stadt Themen für die Berliner SPD sind. Hier sind eine angemessene Infrastruktur, der Zugang zu Informationen und eine entsprechende Kompetenzbildung und Strukturierung in der Verwaltung zu thematisieren.

Die SPD setzt sich für die gesellschaftliche Teilhabe aller Menschen in allen Bereichen ein – das gilt auch für die digitale Welt. Liquid democracy und neue, webbasierte Mitbestimmungsmöglichkeiten vermögen klassische demokratische Strukturen zu ergänzen – nicht aber zu ersetzen.

II. Konsequenz für Selbstbestimmung und digitale Teilhabe



SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
LANDESVERBAND BERLIN

Medien sind Bestandteil unseres Alltags. Sie sind in allen Lebensbereichen von Bedeutung und eröffnen Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten. Politik ist gefordert, die daraus resultierenden Chancen zu ergreifen und den Herausforderungen offensiv zu begegnen.

Wir wollen die Entwicklung nutzen, um die Teilhabe und den Zugang zum Wissen zu erweitern. Dabei ist ein diskriminierungsfreier, barrierefreier und einfacher Zugang zu allen Medien eine grundlegende Voraussetzung, um eine weitere Spaltung der Gesellschaft zu verhindern.

Wir werden eine umfassende gesellschaftliche Debatte über die Gewährleistung von Jugend-, Verbraucher- und Datenschutz sowie die informationelle Selbstbestimmung im digitalen Zeitalter führen. Der unbeschränkte Zugang aller Bürgerinnen und Bürger zu Informationen und die Möglichkeit, Informationen frei verbreiten zu können, und der Schutz der Privatsphäre sind zentrale Grundrechte. Angebote für hör- und sehbehinderte Menschen müssen weiter ausgebaut werden.

Netzneutralität, also die gleichberechtigte und wertneutrale Datenübertragung im Internet, sehen wir als Schlüssel, um einen diskriminierungsfreien Zugang zum Internet ohne unangemessene staatliche oder wirtschaftliche Eingriffe sicherzustellen. Wir setzen uns daher für die gesetzliche Absicherung der Netzneutralität ein.

Bei strafrechtlich relevanten Inhalten verfolgt die SPD Berlin den Grundsatz „Löschen statt sperren“. Wir stehen für starke Bürgerrechte in der digitalen Welt. Netzsperrern lehnen wir ab.

Wir werden uns konstruktiv in die Debatte um einen zeitgemäßen Staatsvertrag für den Kinder- und Jugendmedienschutz einbringen.

Das Internet hat enorme Auswirkungen auf die Ordnung immaterieller Güter und stellt damit die gesamte Gesellschaft vor vielfältige Herausforderungen. NutzerInnen sind heute Produzenten und Konsumenten. Die SPD Berlin fördert die Debatte um ein modernes Urheberrecht, indem es einen fairen Ausgleich zwischen den NutzerInnen, den KünstlerInnen und ProduzentInnen, die von ihrer Arbeit leben müssen, und den Rechteinhabern geben muss. Urheberrechte von Künstlerinnen und Künstlern und Kreativen müssen auch in der digitalen Welt geschützt werden. Der Schwerpunkt muss dabei auf die gerechte Entlohnung der Kreativen gelegt werden, deren Interessen nicht unbedingt mit denen der Rechteinhaber wie Verlagen und Labels übereinstimmen.

Dabei müssen auch neue Konzepte für Vergütungsmodelle noch genauer geprüft werden.

Das von der schwarz-gelben Bundesregierung geplante Leistungsschutzrecht für Presseverlage hätte — unabhängig von dessen konkreter Ausgestaltung — bedenkliche Auswirkungen auf die Interessen Dritter und das Gemeinwohl, zumal gerade die Kreativen den geringsten Teil etwaiger Einnahmen erhalten würden. So ist bis heute unklar, wofür es eines solchen neuen Schutzrechts eigentlich bedarf und es ist auch nicht zu erkennen, welchen Beitrag dieses zur Lösung der Probleme bei der Durchsetzung des Urheberrechts in der digitalen Welt leisten kann.

Ein solches Leistungsschutzrecht würde zu einer massiven Rechtsunsicherheit, zu erheblichen Einschränkungen der Kommunikation im Internet zu einer Wettbewerbsverzerrung vor allem im informationsverarbeitenden Dienstleistungssektor und vor allem dort zu einer neuen Abmahnwelle führen. Es bedarf keiner neuen Schutzrechte, eine Stärkung der Verfahrensrechte wäre ausreichend und viel sachgerechter. Gleichzeitig wäre ein solches neues Leistungsschutzrecht von erheblichen „Nebenwirkungen“ begleitet, z.B. auf die Informationsfreiheit oder auch auf die Grundprinzipien des Netzes. Diese Nebenfolgen sind in ihrer Reichweite noch nicht ansatzweise diskutiert und werden von der Bundesregierung und der Koalition schlichtweg ignoriert.

Deswegen wollen wir über den Bundesrat eine Initiative gegen das Leistungsschutzrecht für Presseverleger initiieren.



**SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
LANDESVERBAND BERLIN**

Sperrungen von Teilnehmeranschlüssen und Verbindungen als Strafe z.B. für Urheberrechtsverletzungen lehnen wir ab. Solche Sperrungen schränken die Kommunikations-, und die Informationsfreiheit massiv und unverhältnismäßig ein.

Der Schutz der Privatsphäre und persönlicher Daten gewinnt aufgrund der wachsenden Vernetzung aller Lebensbereiche eine zunehmende Bedeutung.

Das Datenschutzrecht in seiner jetzigen Form wird seinem ursprünglichen Anspruch nicht mehr vollständig gerecht. Die SPD Berlin setzt sich in allen Lebensbereichen dafür ein, dass personenbezogene Daten nur dann für gewerbliche und andere Zwecke gebraucht werden dürfen, wenn die Nutzerinnen und Nutzer dies ausdrücklich befürwortet haben. In der Gesetzgebung auf Bezirks-, Landes- und Bundesebene setzen wir uns für eine konsequente Anwendung dieses „opt-in“-Verfahrens für die Nutzung privater Daten und die strikte Anwendung solcher Regeln in der Verwaltung ein. Dies gilt insbesondere auch für die Reform des Meldegesetzes. Wir müssen Regelungen finden die zu einem zeitgemäßen und durchsetzbaren Datenschutz führen.

Die SPD ist die Partei der Bürgerrechte – auch im digitalen Zeitalter. Deshalb treten wir konsequent für die informationelle Selbstbestimmung der Bürgerinnen und Bürger ein – sowohl gegenüber dem Staat als auch gegenüber Privaten. Wo staatlicherseits Sammlungen personenbezogener Daten erstellt werden – beispielsweise die DNA-Datenbank des BKA oder auch die elektronische Patientenakte auf der elektronischen Gesundheitskarte –, dort müssen strenge gesetzliche Sicherheitsbestimmungen gelten, deren Einhaltung regelmäßig und umfassend kontrolliert wird. Dies hat insbesondere für den internationalen Austausch von Daten zwischen Polizeien und Geheimdiensten zu gelten.

Wir sind davon überzeugt, dass ein Datenschutzaudit eingeführt werden muss, wie es in § 9a Bundesdatenschutzgesetz „angekündigt“ wird: Öffentliche und private Stellen müssen die Möglichkeit haben, ihr Datenschutzkonzept sowie ihre technischen Einrichtungen von unabhängigen Gutachtern prüfen und bewerten zu lassen und das Ergebnis zu veröffentlichen. Damit ist nicht nur Datenschutz und Datensicherheit im jeweiligen Fall gedient; es werden auch, insbesondere für Unternehmen, Anreize gesetzt, der Datenschutzfreundlichkeit in der Unternehmenspraxis einen hohen Rang einzuräumen.

Darüber hinaus treten wir für ein Umdenken im Datenschutz ein: Nicht die Bürgerinnen und Bürger sollen bei öffentlichen oder privaten Stellen Auskünfte über ihre dort gespeicherten Daten einholen müssen. Es muss stattdessen umgekehrt gelten, dass diejenigen, die Sammlungen personenbezogener Daten anlegen, speichern, verarbeiten oder weitergeben, verpflichtet sind, von sich aus die Betroffenen regelmäßig, auf übersichtliche und verständliche Weise darüber zu informieren, welche personenbezogenen Daten gespeichert worden sind, wie sie verarbeitet und an wen sie weitergegeben wurden. Die gesetzliche Pflicht zu einem – elektronischen oder physischen – „Datenbrief“ soll einen bewussteren Umgang mit Personendaten bewirken, der dringend nötig ist. Darum werden wir für die dazu notwendige Änderung des Bundesdatenschutzgesetzes eine Gesetzesinitiative im Bundesrat einbringen.

Die informationelle Selbstbestimmung der Bürgerinnen und Bürgern wird insbesondere durch die kommerzielle Sammlung und Verknüpfung von personenbezogenen Daten, durch deren automatisierte Auswertung und nicht zuletzt durch den unkontrollierten Datenhandel seitens privater Unternehmen immer weiter ausgehöhlt. Darum streben wir eine zeitgemäße Weiterentwicklung des Datenschutzes an: Die Pflicht zum Datenbrief muss ergänzt werden um eine Pflicht für Unternehmen, ihre Datenschutzbestimmungen für Laien übersichtlich und verständlich zu gestalten. Es bedarf überdies eines gesetzlichen Verbotes, aus personenbezogenen Daten individuelle Verhaltensprofile



**SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
LANDESVERBAND BERLIN**

zu erstellen, wenn die Betroffenen eine solche Profilerstellung nicht ausdrücklich angefordert haben. Angesichts des Geschäfts mit Personendaten müssen die bereits bestehenden Aufsichtsstrukturen überprüft und gegebenenfalls ausgebaut und weiterentwickelt werden. Wir werden deshalb im Bundesrat eine Gesetzesinitiative zur Modernisierung des Datenschutzes einbringen.

Die durch eine EU-Richtlinie vorgegebene sechsmonatige verdachtslose Vorratsspeicherung aller Verbindungsdaten halten wir für unverhältnismäßig und lehnen sie ab. Wir setzen uns dafür ein, die EU-Richtlinie abzuschaffen oder zumindest so zu überarbeiten, dass kein unverhältnismäßiger Eingriff in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung erfolgt. Es spricht viel dafür, dass die Richtlinie in ihrer jetzigen Form gegen die EU-Grundrechtecharta und gegen die Europäische Menschenrechtskonvention verstößt und deshalb ungültig ist.

Die angeblichen Vorteile einer anlasslosen, generellen Speicherung von Verbindungsdaten vermögen eine Totalüberwachung nicht zu rechtfertigen: Die Zahl der aufgeklärten Straftaten ist ohne Vorratsdatenspeicherung ebenso hoch wie mit Vorratsdatenspeicherung. Eine Vorratsdatenspeicherung erhöht die Aufklärungsquote nicht. Zur Kriminalitätsbekämpfung sind auch ohne eine Totalprotokollierung jeder Benutzung von Telefon, Handy, E-Mail und Internet genügend Verbindungsdaten verfügbar. Sicherheitsbehörden können bei Bedarf eine richterliche Anordnung beantragen, derzufolge die Verbindungsdaten bestimmter Verdächtiger aufzuzeichnen sind.

Die terroristischen Anschläge in Madrid im Jahr 2004, die Taten der "Sauerland-Attentäter" 2006 und die Vorbereitungen der Düsseldorfer Quaida-Zelle 2011 konnten mit Hilfe von Verbindungsdaten aufgeklärt werden, die ohnehin verfügbar waren. Eine Vorratsdatenspeicherung war nicht erforderlich. Auch ohne Vorratsdatenspeicherung werden in Deutschland 80% aller bekannt gewordener Internetdelikte erfolgreich aufgeklärt - von den sonstigen Straftaten nur 55%.

Die Berliner SozialdemokratInnen setzen sich für den gesetzlichen Schutz von Whistleblowern (Hinweisgeber auf Korruption, Mobbing, Behinderungen von Betriebsräten durch Arbeitgeber und andere gesellschaftliche Probleme), die beispielsweise auf Missstände, Gesetzesverstöße oder Korruption in Organisationen, Politik und Wirtschaft hinweisen und beweisende Dokumente der Öffentlichkeit zugänglich machen, ein.

Wir als SPD treten konsequent für den Schutz der Grund- und Menschenrechte ein, nicht nur in Deutschland. Die Ausfuhr von Hard- und Software für die Telekommunikationsüberwachung ist nach wie vor nur lückenhaft geregelt. Anders als die schwarz-gelbe Bundesregierung, die hier keinen Handlungsbedarf sieht, sagen wir: Es darf nicht sein, dass von Deutschland aus Überwachungstechnologie an Diktaturen und ihre Handlager geliefert wird! Die Ausfuhr derartiger Technologien muss ebenso genehmigungspflichtig gemacht und strikt kontrolliert werden wie die Ausfuhr von Kriegswaffen oder Dual-use-Gütern. Deshalb werden wir im Bundesrat eine entsprechende Gesetzesinitiative einbringen.

III. Die digitale Teilhabe in der Sozialen Stadt ermöglichen

1. Mit Informationen und Medien souverän und kompetent umgehen

Fähigkeiten zur interaktiven Kommunikation, zur kompetenten Mediennutzung, zur kritischen Auseinandersetzung mit Informationen sowie Kenntnisse der Produktionsbedingungen sind notwendige Rüstzeuge zu Partizipation und digitaler Teilhabe. Ein Mehr an Informations- und Medienkompetenz sowie gesicherter Daten- und Verbraucherschutz sind erforderlich, um sich für die Herausforderungen der Digitalisierung zu wappnen, und müssen gegenüber oft aktionistisch anmutenden Versuchen staatlicher Überwachung und Reglementierung des Netzes den Vorrang genießen.



**SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
LANDESVERBAND BERLIN**

Für die Zukunft wollen wir alle Kräfte bündeln, um die Medienkompetenz zu stärken. Neben Medienkompetenz, d.h. Umgang mit neuen Medien im technischen und organisatorischen Sinn ist es auch wesentlich Informationskompetenz zu vermitteln. Informationskompetenz bedeutet, dass man in der Lage ist, Informationen an der richtigen Stelle zu finden, aber man muss auch in der Lage sein, diese zu bewerten, d.h. darüber nachzudenken, ob diese Information richtig ist und man dieser Information trauen kann. Informationskompetenz heißt aber auch, Informationen nicht ohne die Nennung von Quellen zu übernehmen, sondern durch korrekte Verweise und korrektes Zitieren anderen Personen es zu ermöglichen, die Schritte zur Beschaffung und Verwendung dieser Information nachzuvollziehen.

Informationskompetenz und Medienkompetenz sind dabei als gleichrangig zu behandeln. Wir wollen, dass gerade für Eltern, Lehrkräfte, Kinder und Jugendliche z.B. in Bildungs- und Jugendeinrichtungen das Thema Medienkompetenz stärker vermittelt wird. Dabei verstehen wir Medienpädagogik als Querschnittsthema in den Bildungsplänen, nicht als zusätzliches Fach.

Deswegen muss Medienpädagogik als Querschnittsaufgabe auch im Vorbereitungsdienst und bei der Lehrerfortbildung ebenso wie in den verschiedenen pädagogischen Studiengängen und Ausbildungen durchgängig und verbindlich berücksichtigt werden.

Es liegt auch in der Verantwortung der Schule, die Kompetenzen zu vermitteln, die erforderlich sind, um Medien kritisch zu konsumieren und produktiv in die Arbeits- und Lebenswelt einbeziehen zu können. Deshalb ist die Computernutzung erst nach dem Erlernen von Schreiben und Rechnen zu lehren. Die Schule erreicht wirklich alle Kinder und Jugendliche und kann ihnen die Chance bieten, zu emanzipierten Mediennutzerinnen und -nutzern zu werden. Medienkompetenz ist eng verbunden mit selbstverantwortlichen, kooperativen Lernprozessen und damit ein zentraler Schlüssel, über die Schulzeit hinaus, für ein lebensbegleitendes Lernen.

In Berlin gibt es zwar Bildungsinitiativen zur Stärkung von Medienkompetenz wie z.B. den eEducation-Masterplan

und das Landesprogramm Jugendnetz-Berlin.de, es fehlt jedoch an einem integrierenden Gesamtkonzept, das alle hier genannten Handlungsfelder einbezieht. Deshalb wird die Einrichtung eines Runden Tisches zur Medienkompetenzförderung empfohlen, um ein „Gesamtkonzept Medienkompetenz“ für alle BerlinerInnen zu entwickeln. Die Landesmedienanstalt Berlin-Brandenburg ist dabei einzubeziehen.

Technische Geräte und Algorithmen, also technische Anleitungen zur Lösung eines Problems, beeinflussen täglich unser Leben. Um diese zu verstehen und zu nutzen sowie die jeweiligen Chancen und Herausforderungen selbstbestimmt abzuschätzen, bedarf es eines grundlegenden Wissens. Die SPD Berlin setzt sich deshalb dafür ein, den Informatik-Unterricht an den Berliner Schulen zu stärken.

2. Freien Zugang zu Wissen und Daten in der Stadt ausbauen

Die SPD Berlin steht für eine offene Gesellschaft und eine transparente Regierung sowie Verwaltung. Die Bürgerinnen und Bürger erhalten — unter Beachtung des Datenschutzes — grundsätzlich freien Zugang zu den vorhandenen Informationen der öffentlichen Verwaltungen. Die Daten und Dokumente des Berliner Senats sollen weitestmöglich öffentlich und frei zugänglich sein. Wir wollen aktiv für eine transparente Verwaltung streiten und uns dafür insbesondere für einen Mentalitätswandel auf allen Ebenen der Verwaltung einsetzen.

Die Verwaltungsprozesse müssen so umgestaltet werden, dass die Erzeugung aktueller, frei zugänglicher und verlässlicher Informationen für die Öffentlichkeit integraler und selbstverständlicher Bestandteil wird. Prozesse der Bürgerbeteiligung zum Beispiel im Rahmen der Raum- und Verkehrsplanung bieten sich dabei als Piloten an.

Die Open Data Initiative der auslaufenden Legislaturperiode muss fortgeführt und die erfolgreiche Arbeit des Senats unterstützt und weiter vertieft werden. Darum muss insbesondere das Berliner Informationsfreiheitsgesetz besonders um proaktive Elemente erweitert werden und somit dem Bei-



**SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
LANDESV ERBAND BERLIN**

spiel Bremens folgen. Auch Verträge der öffentlichen Daseinsvorsorge werden im Regelfall veröffentlicht.

Darüber hinaus sollten das Amtsblatt sowie das Gesetz- und Verordnungsblatt digital und in einer freien Lizenz verfügbar gemacht werden. Die Verkehrsdaten der Berliner Verkehrsbetriebe sowie anderer Betriebe des Öffentlichen Personennahverkehrs, mit denen Berlin vertragliche Vereinbarung getroffen hat, müssen in Echtzeit und in freien Formaten und Lizenzen den Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung gestellt werden.

Die Berliner SozialdemokratInnen wollen die Idee von frei verfügbarem Wissen fördern und unterstützen daher den Grundsatz von Open Access und Open Educational Resources: Für alle vom Land Berlin finanzierten wissenschaftlichen Publikationen gilt ein Zweitverwertungsrecht. Daher werden auch durch Berlin finanzierte Kultur- und Wissenschaftsprojekte bevorzugt die ihre Ergebnisse öffentlich zugänglich machen. Wir streben ferner einer Bundesratsinitiative für offene Daten auf Bundesebene an.

Berlin verfügt über ein landesweit einzigartig dichtes Netz an Museen und Bibliotheken, die ein unschätzbare kulturelles Erbe beherbergen. Dieser Kulturschatz kann durch Digitalisierung für kommende Generationen gegen Verluste und Schäden der physischen Bestände geschützt und seine wissenschaftliche Erschließung durch weltweit kostenfreie Zugänglichkeit enorm befördert werden. Die Berliner Bibliotheken können beachtliche Fortschritte bei der Digitalisierung ihrer Bestände vorweisen. Wir als Berliner SPD sind der Überzeugung, dass dieser Weg entschlossen weiter beschritten werden muss. Besonderes Augenmerk muss dabei auf der Frage der elektronischen Langzeitarchivierung liegen. Die diesbezüglichen Probleme, was Dateiformate und Datenträger anbelangt, sind noch nicht gelöst. Wir schlagen dem Land Berlin deshalb die Einrichtung einer Kommission aus Vertretern der Berliner Hochschulen, Museen, Archive und Bibliotheken mit dem Auftrag vor, eine digitale Strategie für Berlin zu erarbeiten, um die bereits vorhandenen Ansätze langfristig zu koordinieren und weiterzuentwickeln.

3. Partizipieren und Berlin transparent machen

Die SPD Berlin treibt eine offeneren und partizipativere Demokratie voran.

Wir setzen uns dafür ein, dass alle Plenarsitzungen sowie möglichst viele Ausschusssitzungen des Abgeordnetenhauses öffentlich im Internet live übertragen werden. Diese sollen danach On-Demand mit einer freien Lizenz und in einem offenen Format auf der Seite des Abgeordnetenhauses zur Verfügung stehen. Als wichtiger Bestandteil der E-Partizipation in Deutschland haben sich die Online-Petitionen des Deutschen Bundestages etabliert. Wir fordern auch auf Berliner Ebene die Einführung von öffentlichen Online-Petitionen nach dem Vorbild des deutschen Bundestages.

Desweiteren schlagen wir die Einführung eines Policy-Trackers für Berlin vor. Dieser soll es jedem Bürger /jeder Bürgerin ermöglichen, schnell und einfach zu erfahren inwieweit in welchem Stadium ein Gesetzgebungsverfahren angelangt ist.

Berlin erhält eine E-Partizipations-Plattform, mit deren Hilfe Bürgerinnen und Bürger Probleme, Lösungsmöglichkeiten und Konzepte zur Verbesserung der Lebensqualität dem Berliner Senat und den Bezirksregierungen vortragen sowie abstimmen und diskutieren können. Dabei werden die zuständigen AnsprechpartnerInnen der Verwaltung in das System eingebunden und langfristig Berliner Open Data Angebote integriert. Die Internetseiten des Abgeordnetenhaus, des Senats und der Landesbehörden sowie der Bezirksvertretungen und Bezirksämter sollen in der kommenden Legislaturperiode modernisiert, mobil zugänglich gemacht und barrierefrei gestaltet werden.

4. Soziale Teilhabe sichern und stärken



**SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
LANDESV ERBAND BERLIN**

Digitale Netze und Kommunikationsnetze sind heute wichtige Säulen der sozialen wie wirtschaftlichen Infrastruktur. Der Zugang zum Internet ist unumgänglich für eine gesellschaftliche und demokratische Teilhabe und wirtschaftliches Wachstum. Berlin benötigt deshalb ein zukunftsfähiges Internet, welches hohe Datenraten überall in der Stadt ermöglicht und die Ziele der Digitalen Agenda der Europäischen Union erfüllt. Aus diesen Gründen muss der Ausbau und die Erschließung eines zeitgemäßen flächendeckenden Netzes durch stadtteigene Betriebe weiter vorangetrieben werden. Der Zugang zum Internet ist unserer Sicht ein Bürgerrecht, deshalb fordern wir eine staatlich garantierte digitale Daseinsfürsorge, die eine Internet-Grundversorgung und einen Internetzugang für alle, auch für einkommensschwache Bevölkerungsgruppen und BezieherInnen von Arbeitslosengeld II ermöglicht. Eine flächendeckende Mindestversorgung muss im Sinne einer Daseinsvorsorge auch in den dünner besiedelten Gebieten ermöglicht werden. Als Berliner SPD unterstützen wir die Bemühungen der Bundes-SPD, eine flächendeckende und technologieneutrale Versorgung als Universaldienst gesetzlich zu verankern und fordern das vorrangige und zügige Einrichten von WLAN-Gast-Zugängen in den Berliner Rathäusern. In jedem Bürgeramt soll ein „Bürger-IT-Raum“ aufgebaut werden, damit auch diejenigen Bürger, die bisher keine IT-Kompetenz aufbauen konnten und/oder die sich kein eigenes IT-Equipment leisten können, freien Zugang zu Wissen und Daten in der Stadt haben. Der „Bürger-IT-Raum“ soll dieselben Öffnungszeiten wie die Bürgerämter haben. Denn ohne einen Internet-Anschluss ist heute eine gesellschaftliche Teilhabe nicht mehr möglich: Zur Informationsgewinnung, zur Arbeitssuche und für den Kontakt mit Behörden.

Nach einer Erhebung für den bundesweiten Breitbandatlas (TUV Rheinland) sind drei Dutzend Ortsteile in Berlin erheblich vom Zugang zum schnellen Internet abgeschnitten. Kurzfristige Abhilfe ist mit der im Ausbau befindlichen Breitbandtechnologie LTE möglich. Wir wollen auf die Netzbetreiber Einfluss zu nehmen, zunächst Antennenstandorte in Betrieb zu nehmen, die zur Versorgung dieser Ortsteile geeignet sind. Darüber hinaus streben wir den Aufbau eines leistungsstarken, drahtgebundenen Breitbandnetzes an.

Daneben wollen wir kostenfreie WLAN-Netze an zentralen Orten. Wir setzen uns mittels einer Bundesratsinitiative für eine angemessene Haftungsfreistellung zugunsten von privaten und gewerblichen Betreibern offener WLANs ein. Dadurch könnten BürgerInnen und Unternehmen motiviert werden, ihre ohnehin vorhandenen Internet-Zugänge über WLAN allgemein zugänglich zu machen. Derzeit schreckt die unklare Rechtslage hierzu mit unkalkulierbaren Haftungsrisiken vor einem solchen Schritt ab. Wir wollen prüfen, inwieweit der Senat — nach erfolgter rechtlicher Haftungsfreistellung — die Öffnung des eigenen WLANs für Dritte juristisch, logistisch und finanziell fördern kann, um einen zusätzlichen Anreiz für offene Netze zu setzen.

5. Persönliche Daten schützen

Die SPD Berlin setzt sich für einen selbstbestimmten Datenschutz ein. Staat, Wirtschaft und Arbeitgeber müssen sparsamer im Speichern von personenbezogenen Daten werden. Dazu gehört auch mehr Kontrolle der Teilnehmenden über die Nutzerdaten von Facebook, Google sowie den weiteren sozialen Netzwerken und Suchmaschinen im Internet. Wo die Gesellschaft und der Staat für seine notwendigen Planungen Daten der Menschen brauchen, müssen sie so schnell wie möglich anonymisiert werden.

Rasterfahndungsmethoden sind in Betrieben nicht hinnehmbar. Beschäftigte dürfen nicht gezwungen werden, mehr von ihrer Privatsphäre preiszugeben, als für das Beschäftigungsverhältnis nötig ist, und müssen sich ohne Angst vor Nachteilen gegen Eingriffe wehren können.



**SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
LANDESVBAND BERLIN**

6. Rundfunk digitalisieren

Die Bestands- und Entwicklungsgarantie für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk in Deutschland hat uneingeschränkt Geltung. Gerade bei der fortschreitenden Digitalisierung und der fortschreitenden Reduzierung von Nachrichtenagenturen und Redaktionen wird die Rolle der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten immer wichtiger. Dazu gehört im Internetzeitalter auch ein öffentlich-rechtliches, digitales, werbefreies Vollangebot im Internet als „dritte Säule“.

Wir sprechen uns gegen das Depublizieren, also das Löschen von eigenproduzierten Inhalten des Öffentlich-Rechtlichen Rundfunks aus. Die von den Bürgerinnen und Bürgern bezahlten Inhalte müssen dauerhaft und digital zur Verfügung stehen.

Die Menschen in Deutschland konsumieren Medien heute immer mehr über das Internet. Es ist also nur konsequent und richtig, wenn der Öffentlich-Rechtliche Rundfunk seine Inhalte, dem Medium Internet angepasst, auch digital verbreitet. Jede diesbezüglich geforderte Einschränkung lehnen wir ab. Im Gegenteil: Bereits getätigte Einschränkungen sind rückgängig zu machen. Digitale Projekte wie Mediatheken und Apps des Öffentlich-Rechtlichen Rundfunks unterstützen die Berliner Sozialdemokratie ausdrücklich.

7. Berlin effizient verwalten

Eine moderne Verwaltung braucht eine moderne IT-Strategie, die den Bürgerinnen und Bürgern sowie der Wirtschaft eine optimale Kommunikation mit den Behörden garantiert, dabei effektiv, kostengünstig, sicher und unabhängig ist.

Darum verfolgt die SPD Berlin das langfristige Ziel, eine Umstellung auf freier Open Source Software für die Verwaltung durchzuführen, wie sie beispielsweise die Stadt München seit nunmehr zehn Jahren erfolgreich betreibt. Neue Software-Lösungen, welche für die Berliner Verwaltung eigen entwickelt werden, sollen dann auf freien Lizenzen aufbauen. Auch unter Sicherheitsaspekten sind Open Source Produkte, die auf vielfach geprüftem, offenem Quelltext basieren, den proprietären mitunter überlegen. Alle Software-Lösungen in der Verwaltung Berlins sollen Offene und Freie Standards bzw. Dateiformate verwenden, um bei der Wahl der eingesetzten Software möglichst flexibel zu sein und Abhängigkeiten von Anbietern und Plattformen zu vermeiden.

Die Interoperabilität ist gerade bei dezentralem IT-Betrieb von erheblicher Bedeutung; auch dies unterstreicht die Notwendigkeit offener Standards und die Vorteile von Open-Source-Lösungen. Die Trennung von IT-Service und Sachaufgaben muss überwunden werden. Die Entscheidung, ob Haushaltsmittel für Informationstechnik, sonstige Sachmittel oder Personal eingesetzt werden, werden dem Subsidiaritätsgrundsatz folgend auf möglichst tiefer Verwaltungsebene getroffen, um die jeweiligen Verwaltungsaufgaben bei knappen Mitteln möglichst effizient und leistungsfähig versehen zu können.

8. Politik zur digitalen Teilhabe („Netzpolitik“) in Berlin organisatorisch verankern

Politik für Partizipation und digitale Teilhabe in der Gesellschaft ist längst Querschnittsthema. Es geht um Gerechtigkeits- und Verteilungsfragen, und damit im Kern um Gesellschaftspolitik. Wie auch in diesem Programm ersichtlich, sind nahezu sämtliche Senatsverwaltungen auf unterschiedliche Art und Weise von den angesprochenen Fragestellungen betroffen. Dieser wachsenden Bedeutung von Politik zur digitalen Teilhabe („Netzpolitik“) gilt es durch einer entsprechenden organisatorischen Verankerung in der Senatsverwaltung Rechnung zu tragen.

So erscheint uns die Anerkennung von Netzpolitik als eigenständige, auch in der Bezeichnung als solche ersichtliche Ressortzuständigkeit ein nicht nur, aber auch symbolisch wichtiger Schritt. Berlin wäre damit die erste Landesregierung, die über einen explizit als solches ausgewiesenen Referenten



**SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
LANDESVERBAND BERLIN**

für Netzpolitik zur Verfügung hätte. Wir begrüßen das diesbezügliche Tätigwerden der Senatskanzlei.

Neben der Einrichtung einer klaren politischen Zuständigkeit bedarf es auf operativer Ebene in Partei und Fraktion des Aufbaus von Kompetenzen zur Umsetzung der in diesem Antrag genannten Politiken zur digitalen Teilhabe. Dies soll nicht nur die Durchführung und interne wie externe Kommunikation der in diesem Antrag skizzierten Projekte ermöglichen, sondern auch die Verankerung der Inhalte in Partei und Gesellschaft in ihrer ganzen Relevanz verdeutlichen.

9. Wirtschaftliche Chancen durch Digitale Teilhabe erschließen

Berlin hat sich in den letzten Jahren zu einem Zentrum der europäischen Start-Up und Web-Szene entwickelt. Dieses Potenzial für Innovationen, Arbeitsplätze und weitere Unternehmen muss durch die SPD unterstützt werden, denn wir stehen erst am Anfang einer dynamischen Entwicklung. Darum wird sich Berlin für die Interessen der Medien- und Kreativwirtschaft auf allen Ebenen einsetzen, um die bestmöglichen Rahmenbedingungen für deren positive Entwicklung herbeizuführen.

Wir werden den Einheitlichen Ansprechpartner (Portal des Landes Berlin für Gewerbetreibende und Dienstleistungsunternehmen) so weiterentwickeln, dass er auch in diesem Bereich kompetente Hilfestellung leisten kann.

10. Beteiligungs- und Kommunikationsmöglichkeiten der Berliner SPD weiterentwickeln

Die Berliner SPD will die Beteiligungs- und Kommunikationsmöglichkeiten für Mitglieder und Bürgerinnen und Bürger erweitern. Dazu streben wir an, Anträge und inhaltliche Positionierungen auch verstärkt webbasiert basisdemokratisch diskutieren und weiterentwickeln zu lassen. Ergebnisse können dann in die Antragsberatungen übernommen werden. Dazu wird die Berliner SPD, wenn immer möglich, Anträge ins Netz stellen und Diskussions- und Bearbeitungsmöglichkeiten eröffnen. Relevante Ereignisse wie Parteitage sollen live im Netz („streaming“) übertragen und kommentiert werden können.

Das Internetangebot wird weiter ausgebaut und partizipativ angelegt. Damit wollen wir auch die Orts- und Zeitunabhängigkeit verbessern. Wir möchten die technische Infrastruktur des Internetangebots so überarbeiten, dass die ständige Weiterentwicklung unkompliziert und ohne erhebliche technische und finanzielle Ressourcen des Landesverbandes erfolgen kann, um die Teilhabe für Menschen mit eingeschränkter Mobilität oder geringeren zeitlichen Reserven zu verbessern. Ferner wollen wir so die Hemmschwellen, welche einen Einstieg in das teilweise von formalen Abläufen geprägte Parteileben erschweren, senken und die Partei für neue Zielgruppen öffnen.

Denn für die SPD Berlin gilt: Wir wollen Partizipation und digitale Teilhabe in der Sozialen Stadt ermöglichen. Wir haben erkannt, dass es sich dabei um eine Gerechtigkeits- und Verteilungsfrage handelt. Wir bekräftigen unseren Anspruch, alle Berlinerinnen und Berliner digitale Teilhabe zu ermöglichen und das Internet noch stärker als Kommunikationskanal im Rahmen demokratischer Entscheidungsprozesse nutzen zu wollen. Wir wollen neue Beteiligungsformen einführen, sagen aber auch ganz deutlich: Diese können die traditionellen demokratischen Partizipationsformen nur ergänzen, nicht ersetzen.